



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/04/2015
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 27.05.2015
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Anliegen der Jugendräte
4. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
5. . Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen
6. . Familienzentren in Hagen
Vorlage: 0454/2015
7. . Vorschlag zur Tagesordnung der CDU- Fraktion gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates
Neuausrichtung der Suchtberatung
Vorlage: 0540/2015
8. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden und bittet um das Einverständnis der Ausschussmitglieder, den Tagesordnungspunkt 4 – Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen – vorziehen zu dürfen und an dritter Stelle zu beraten. Man habe in der heutigen Sitzung zahlreichen Besuch von Müttern und Kindern und wolle an der Stelle auf die Streiksituation eingehen.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden. Andere Änderungswünsche gibt es nicht.

Abschließend teilt er mit, dass sich Frau Burghardt, Frau Cramer und Frau Fischbach für die heutige Sitzung entschuldigt hätten.

2. . Mitteilungen

Herr Reinke weist auf das Protokoll der letzten Sitzung hin, das als Tischvorlage ausgelegt sei.

Weiterhin berichtet er von der weiteren Entwicklung der Gestaltung der Elternbeiträge, die in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses nach intensiver Beratung einstimmig beschlossen worden sei. Leider sei der Rat der Stadt Hagen am 07.05.2015 nicht dem Votum des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses gefolgt.

Das sei sehr ungewöhnlich und er bedaure sehr, dass die Elternbeitragssatzung nun so bestehen bleibe. Ziel sei gewesen, gerade die unteren Einkommensgruppen zu entlasten.

In dieser Ratssitzung sei außerdem ein Antrag der SPD-Fraktion eingebracht worden, in dem es um die Erstattung von Elternbeiträgen bei Streik gehe. Dem habe der Rat mehrheitlich zugestimmt. Nach Rücksprache mit der Bezirksregierung habe der Oberbürgermeister diesen Beschluss beanstanden müssen, weil er gegen geltendes Recht verstoße. In der Elternbeitragssatzung, die auch vom Rat der Stadt Hagen beschlossen worden sei, sei festgelegt, dass bei Streik und sonstigen Ereignissen höherer Gewalt keine Beitragsrückerstattung möglich sei.



Für die morgige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses werde es einen weiteren Vorstoß geben, die Satzung entsprechend zu ändern.

Er habe Gespräche mit dem Gesundheitsamt geführt. Die Kolleginnen vom Bereich Kinder- und Jugendgesundheit hätten Interesse an der Arbeit des Jugendhilfeausschusses geäußert. Er habe Frau Dr. Sommer versprochen, im Ausschuss zu thematisieren, dass der Jugend- und Gesundheitsdienst zu den Sitzungen eingeladen werde. Er stellt fest, dass die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind.

Ausgelegt sei eine Pressemitteilung zum Sucht- und Drogenbericht der Bundesregierung. Da man diese Thematik unter dem Tagesordnungspunkt 7 berate, sei ihm das passend erschienen.

Die Wilhelm-Busch-Förderschule habe am 09. Mai einen Tag der Offenen Tür veranstaltet. Er habe den Standort in Halden besucht und habe einen tieferen Eindruck in die Arbeit der Förderschule bekommen. Er sei vor Ort auf eine defekte Rutsche angesprochen worden, die bereits seit zwei Jahren abgesperrt sei. Bereits im vorigen Jahr sei versprochen worden, diese zu reparieren. Er habe das zum Anlass genommen, in der Bezirksvertretung Hohenlimburg einen entsprechenden Antrag einzubringen. Dieser Antrag sei einstimmig verabschiedet worden.

Herr Goldbach nimmt Bezug auf eine Rückblende in der heutigen Tagespresse, bei der es um „Hagen vor 5 Jahren“ gehe. Dort sei geschildert, dass durch den Jugendförderplan 2010-2014 drei Jugendzentren aus Gründen der Haushaltskonsolidierung geschlossen worden wären. Diese Information sei insoweit richtig, aber unvollständig. Nicht erwähnt worden sei, dass statt des Jugendzentrums in Rummenohl der „Jugendtreff Volmetal“ mit Sitz in Dahl in anderer Trägerschaft wiedereröffnet habe und das Jugendzentrum Berchum 500 m weiter in den Räumlichkeiten der evangelischen Kirchengemeinde mit einem Umbau neu eröffnet habe. Richtig sei, dass das Jugendzentrum Hilfe geschlossen worden sei. Dafür sei aber in Trägerschaft des Diakonischen Werkes der Bereich der Mobilien Jugendarbeit neu eröffnet worden. Es sei ihm wichtig gewesen, die Informationen der Zeitung entsprechend zu ergänzen und die Historie vollständig darzustellen.

In Bezug auf die Streiksituation teilt er mit, dass man auch aufgrund von Mitteilungen anderer Kommunen ermittelt habe, dass es zu dem Zeitpunkt eine Auslastung der Notgruppen von 80 % gegeben habe. Eltern würden natürlich versuchen, andere Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Neueste Information sei, dass die Notgruppen vollständig ausgelastet seien. Der Leidensdruck werde auf allen Seiten größer. Man befinde sich in regelmäßigem Austausch mit anderen Kommunen. Die anwesenden Eltern würden sicher beim nächsten Tagesordnungspunkt dazu aus ihrer Sicht Stellung nehmen.

Weiterhin bezieht er sich auf die Monitor-Berichterstattung über Auslandsaufenthalte von Jugendlichen im Rahmen der Erziehungshilfe. Nach Veröffentlichung dieser Berichterstattung habe man die eigene Praxis in Hagen überprüft. Man habe insgesamt drei Fälle dieser Art gehabt. Mittlerweile seien es nur noch zwei Fälle. Davon werde ein Fall Mitte Juli planmäßig beendet. Diese Art der Erziehungshilfe sei in Hagen kein Schwerpunkt.



Herr Goebels beschreibt die dahinter liegende Verfahrensweise in Hagen. Grundsätzlich versuche man, die Jugendhilfemaßnahmen, die notwendig seien, vor Ort zu lösen. Das gelinge natürlich nicht immer. Die Steuerungsfunktion im Ausland sei relativ schlecht. Insofern habe man eine restriktive Handhabung, nur absolute Notfälle im Ausland zu behandeln, die man hier nicht unterbringen könne.

Weiterhin berichtet er zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, dass man gerade zwei zusätzliche unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgenommen habe. Im Moment betreue man 14 Fälle in Hagen. In der Bundesrepublik Deutschland habe man 6000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Es gebe ein Eckpunktepapier für eine gesetzliche Regelung. Bundesweit würden zukünftig die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf die Länder verteilt. Man könne noch nicht sagen, wie das Land Nordrhein-Westfalen damit umgehen werde. Die Verteilung werde nach dem Königsteiner Schlüssel vorgenommen werden.

Man rechne in Hagen mit wenigstens 50 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Es könnten aber auch wesentlich mehr sein. Erfahrungsgemäß wanderten viele dieser unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach kurzer Zeit wieder ab. Die Problematik liege darin, eine vorausschauende Anzahl von Plätzen für diese jungen Menschen bereit zu halten. Man sei in Hagen nicht untätig gewesen. In diesem Zusammenhang müsse er einen Dank an die Träger aussprechen, die in Hagen im stationären Bereich sehr gut kooperiert hätten. Sie hätten alle ihre Zusage erteilt, der Stadt dabei zu helfen, Wohngruppen einzurichten. Sobald weitere Informationen zu dem Thema vorlägen, würde die Verwaltung hier im Ausschuss darüber berichten. Er gehe davon aus, dass das nach den Sommerferien der Fall sein werde.

3. . **Anliegen der Jugendräte**

Herr Hareli berichtet von den Anliegen der Jugendräte.

Der Gesamtstädtische Jugendrat habe beschlossen, für vier Tage nach Berlin zu fahren, um sich politisch zu bilden. Man werde vor Ort Herrn Röspel treffen und den Bundestag besuchen.

Herr Goldbach erinnert daran, dass die Frage aus einer der letzten Sitzungen bezüglich der Reinigung und Pflege der Grünflächen der Spielplätze noch offen sei. Man habe in der Angelegenheit Kontakt mit dem Wirtschaftsbetrieb aufgenommen. Dieser würde das bei entsprechender Beauftragung durchführen. Da es um einzelne Flächen gehe, die noch konkret benannt würden, würden diese im Rahmen des Budgets abzarbeiten sein.

Frau Purps zeigt sich erfreut und verspricht, das weiterzugeben.



4. . **Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke stellt fest, dass man nun wie vereinbart den Tagesordnungspunkt 4 – Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen – behandeln und in dem Zusammenhang auch die anwesenden Eltern zur Streiksituation zu Wort kommen lassen wolle.

Herr Hannusch freut sich, die ersten offiziellen Eröffnungstermine einiger neuer Kindertageseinrichtungen mitteilen zu können. Die Einrichtung in Rummenohl würde am 20. Juni, Am Bügel am 04. Juli und am Quambusch in der Twittingstraße am 24. September feierlich eröffnet. Fraglich sei der Eröffnungstermin in Rummenohl, da man nicht wisse, wie sich der Streik weiterhin entwickelt.

Frau Kaufmann zitiert zur Beanstandung eines Beschlusses des Rates durch den Oberbürgermeister bezüglich der Beitragsrückerstattung Auszüge aus einem Schreiben des Oberbürgermeisters an die Mitglieder des Rates vom heutigen Tage. „Es sei beabsichtigt, den Rat in seiner Sitzung am 18.06.2015 mit dieser Beanstandung zu befassen. Außerdem werde zurzeit geprüft, die Vorlage über die Elternbeitragsatzung zeitnah neu zu beraten.“

Herr Reinke gibt Frau Debudaj, die längere Zeit Mitglied im Jugendhilfeausschuss gewesen ist, die Möglichkeit, im Ausschuss die Streiksituation aus Sicht der betroffenen Eltern zu schildern.

Frau Debudaj berichtet von der dramatischen Situation der Eltern, die völlig überfordert seien. Es gebe Eltern, die bereits ihre Arbeitsplätze verloren hätten. Sie seien der Meinung, dass Politik mehr bewegen könne als die Eltern und sie bäten daher den Jugendhilfeausschuss um seine Unterstützung. Neben der Unterbringungsproblematik sei auch die Beitragsrückerstattung insofern notwendig, weil die Betroffenen doppelte finanzielle Aufwendungen hätten.

Herr Reinke äußert sein Verständnis für die vorgetragene Probleme. Es handle sich allerdings um einen Tarifstreit. Da wolle er die Erwartungen an die Politik nicht zu hoch hängen. Man habe wenig Einfluss auf die Tarifparteien. Das Thema der Beitragsrückerstattung sei in der Diskussion und werde am morgigen Tag auf der Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses stehen. Diese Beratung müsse man abwarten.

Frau Kaufmann merkt zum Thema „Einrichten weiterer Notgruppen“ an, dass man sich dazu mit den Gewerkschaften auseinandersetzen müsse. Das sei von der Seite natürlich nicht gewollt.

Herr Goldbach macht deutlich, dass man im Vergleich zu anderen Kommunen relativ gut mit der Anzahl von Plätzen in Notgruppen versorgt sei. Er habe geäußert, dass ihm die Verteilung nicht gefiel, da nur vorwiegend die Innenstadt berücksichtigt sei. Dabei sei jedoch zu berücksichtigen, dass dazu auch Mitarbeiter zur Verfügung stehen müssten, die die Einrichtungen öffneten. Außerdem gebe es bei diesem Streik



Stellen, die besonders bestreikt würden. Das seien die Stellen, an denen der Organisationsgrad besonders hoch sei. Der Organisationsgrad in dieser Stadt sei besonders hoch und liege deutlich über 90 %.

Er schlägt vor, die Forderung nach einer Erweiterung der Plätze in Notgruppen mit in die Gespräche zu nehmen. Je länger der Streik dauere, desto mehr müsse man kommunizieren, um gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden. Ihm sei klar, dass das in der Fläche die Probleme der Eltern nicht löse.

Herr Lohmann betont, dass er noch einmal auf die Rückerstattung der Beiträge eingehen wolle. Er könne die Aussagen des Oberbürgermeisters und des Regierungspräsidenten nachvollziehen. Fakt sei jedoch, dass die Kommune durch die Streiksituation eine deutliche Entlastung der Personalkosten habe, die in jedem Fall höher sei als jegliche Rückerstattung bei Elternbeiträgen. Viele Kommunen erstatteten Elternbeiträge. Unter der Voraussetzung, dass keiner wisse, wie lang der Streik noch dauere, plädiere er dafür, dass der Jugendhilfeausschuss dahingehend ein klares Signal an Haupt- und Finanzausschuss und Rat sende, dass man die Forderung der Eltern nach Beitragsrückerstattung unterstütze.

Frau Köppen befürwortet diesen Vorschlag. Als Jugendhilfeausschuss solle man sich dazu äußern. Man sei ziemlich hilflos in der Situation, weil die Einflussmöglichkeiten, die man habe, gering seien. Sie gebe allerdings zu bedenken, dass eine Satzungsänderung erst dann in Kraft trete, wenn diese geändert sei und für die zurückliegenden Wochen keine Bedeutung habe.

Frau Niemann macht deutlich, dass der Rat der Stadt Hagen ja die Möglichkeit gehabt habe, das in der letzten Sitzung zu beschließen. Das sei leider gescheitert. Insofern greife die alte Sitzung noch. Das müsse man jetzt akzeptieren.

Herr Goldbach empfiehlt dringend in Bezug auf die angestrebte Änderung der Passage in der Beitragssatzung, dass bei Arbeitsk Kampfmaßnahmen keine Rückzahlung erfolgt, dies mit einem Entscheidungsvorbehalt des Rates zu versehen und nicht generell in der Satzung festzulegen, dass zurückgezahlt werde. Der Grund sei der, dass man als Kommune alle Beiträge vereinnahme, nicht nur für kommunale Kindertageseinrichtungen, sondern auch für kirchliche und andere Träger. Daher könne eine Satzungsänderung nur beinhalten, dass der Rat über eine mögliche Erstattung entscheide. Weiterhin vertrete man die Rechtsauffassung, dass eine Satzung nicht rückwirkend geändert werden könne, sondern nur mit zukünftiger Wirkung.

Herr Lohmann betont, dass er keine Satzung in Nordrhein-Westfalen kenne, in der die Möglichkeit nicht ausdrücklich fixiert sei. Obwohl es in den Fällen eine Satzung gebe, die höhere Gewalt vorgebe, werde zurück erstattet. Insofern handelten andere Kommunen anders. Der Regierungspräsident habe klar gesagt, dass er den Schritt mitgehen werde, wenn dadurch keine finanzielle Mehrbelastung für die Stadt Hagen entstehe. Angesichts der Tatsache, dass Personalkosten in nicht unerheblicher Höhe eingespart würden, gebe es durch den Streik keine finanzielle Mehrbelastung bei der Stadt Hagen. Er plädiere dafür, dass man als Politiker in Hagen dafür einstehe.

Herr Reinke gibt einer weiteren Mutter Gelegenheit, sich zu dem Thema zu äußern.



Frau Schön stellt sich vor und schildert die Situation aus ihrer Sicht. Die Hauptproblematik liege für sie darin, dass die Kinder nicht betreut würden. Sie sei der Meinung, dass die anwesenden Politiker hier in der Verantwortung seien, auf ein Ende des Streiks einzuwirken.

Frau Debudaj ergänzt, dass die Eltern kaum Möglichkeiten hätten, etwas zu bewirken.

Herr Reinke betont erneut das Verständnis des Ausschusses, weist aber auf die bestehende Tarifautonomie in Deutschland hin. Da habe man wenig Einfluss. Da überschätzten die Eltern die Macht der Politik in dem Zusammenhang.

Herr Dahme erklärt, dass es eigentlich um eine ganz andere grundlegende Frage ginge, was der Gesellschaft Bildung bzw. die Förderung von Kindern wert sei. Das sei auch nicht eine Frage an die Kommunen, sondern letztendlich eine Frage an das Land oder auch den Bund. Schlimm sei, dass dieses Problem auf dem Rücken der Schwächsten, den Kindern, ausgetragen werde.

Herr Lohmann beschreibt die derzeitige Situation in Dortmund. Diese sei noch schlimmer als in Hagen. Entscheidend sei aber, dass, solange Verdi nicht bereit sei, die „Nagelstiche“ nach drei Wochen zu lockern, auch die Kommunalpolitiker nichts machen könnten. Daher sei es wichtig, dass die Eltern Verdi in die Verantwortung nähmen.

Frau Böhmer dankt den Eltern für ihr heutiges Erscheinen und ihr Engagement. Sie fordere den Jugendhilfeausschuss und insbesondere die Ratsmitglieder auf, ihnen als Eltern zu helfen. Sie gehe davon aus, dass alle zusammen den Kindern helfen könnten.

Herr Reinke betont abschließend, dass er davon ausgehe, dass sich die anwesenden Ratsmitglieder der Problematik insgesamt bewusst seien. Er dankt den Müttern und verspricht, dass man im Rahmen der Möglichkeiten tätig werde.

5. . **Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erinnert daran, dass man bereits angekündigt habe, dass man auf ein Sonderprogramm des Landes warte. Dieses sei mittlerweile auf dem Markt. Damit sei man in der Lage, auch unterjährig Plätze anbieten zu können. Die Antragsfrist laufe Ende der Woche aus.

Frau Haack erläutert ein paar Details zu dem Programm. Die Abstimmung mit allen Trägern sei fast abgeschlossen. Bei dem vorliegenden Konzept käme man auf einen Förderantrag in Höhe von 330.000 € für die geplanten Projekte. Die bisher ungeklär-



te Datenschutzfrage habe man mittlerweile auch klären können. Das Einverständnis der Datenschutzbeauftragten liege nun vor.

Herr Reinke spricht die 241 Kinder im U-3- Bereich an, von denen man in der letzten Sitzung berichtet habe, dass diese unversorgt seien. Seien die Kapazitäten für diese Kinder noch vorhanden?

Frau Haack antwortet, dass man das nicht zu 100 % schaffen würde. Deswegen gebe es das zusätzliche Konzept von Tagespflegepersonen analog zur Großtagespflege.

Herr Reinke bedankt sich für den Bericht.

6. . Familienzentren in Hagen Vorlage: 0454/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack berichtet, dass passend zur heutigen Sitzung seit gestern die Genehmigung des Ministeriums vorläge, dass man das Kontingent in Eilpe um ein Jahr verschieben könne, damit die Maßnahme wie vorgesehen umgesetzt werden könne.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag zur Verwendung der zwei Kontingente wie in der Vorlage dargestellt zu.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die erforderliche Meldung bis zum 15.06.2015 beim Ministerium einzureichen.

Abstimmungsergebnis:



	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	2		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

7. . **Vorschlag zur Tagesordnung der CDU- Fraktion gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates**
Neuausrichtung der Suchtberatung
Vorlage: 0540/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke weist darauf hin, dass zu dem Thema eine Stellungnahme der Verwaltung ausliege (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Frau Niemann erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Man wolle wissen, wie der Stand der Dinge sei.

Herr Reinke ergänzt, dass er nachgelesen habe, was man in der Arbeitsgruppe in 2010 erarbeitet habe. Einer der Vorschläge sei seinerzeit die Neuausrichtung der Suchtberatung gewesen. Leider sei die Sache kurz vor dem Ziel gescheitert. Man wolle das Thema nun zu einem Abschluss bringen.

Herr Goldbach macht deutlich, dass man die Anfrage in aller Eile beantwortet habe. Er schlage vor, den Punkt bei der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses wieder auf die Tagesordnung zu nehmen. Man müsse schauen, was man in diesem Prozess wirklich noch erreichen könne.

Er beschreibe den Verlauf der Ereignisse in dieser Angelegenheit.

Man habe seinerzeit dort eine Konsolidierungsmaßnahme hinterlegt. Das sei nicht erreichbar gewesen. Daher wurden wertgleiche Ersatzmaßnahmen benannt.

Bei dem LWL-Prozess sei man einvernehmlich zu einer gemeinsamen Steuerungsgruppe unter Einbeziehung des Bereiches „Gesundheitsamt“ bei einer Annäherung der statistischen Erhebungen gekommen.



Er könne sich gut vorstellen, dass man bei speziellen Ansätzen der Jugendberatung noch in die Tiefe gehe. Außerdem könne man sich damit beschäftigen, wie aufsuchende Ansätze verstärkt werden könnten.

Das seien Themen, die man ggf. auch im Unterausschuss beraten könne, um zu Zielsetzungen zu kommen.

In der nächsten Sitzung nach der Sommerpause werde man auch den Geschäftsbericht des Fachbereiches vorlegen. In diesem Zusammenhang werde man eine ausführliche Darstellung der Aktivitäten der kommunalen Suchthilfe haben.

Man könne dann beide Themen in der Sitzung miteinander verbinden und sich gemeinsam positionieren.

Herr Reinke dankt für den Bericht. Er gehe davon aus, dass man dem so folgen könne. Abschließend zitiert er einen Satz der Drogenbeauftragten der Bundesregierung Marlene Mortler aus der ausgelegten Pressemitteilung:

„Ich will, dass in unserer Gesellschaft Kinder zu starken Persönlichkeiten heranwachsen können, die die Risiken von Suchtmitteln richtig einschätzen können.“

Unter diesem Aspekt werde man sich nach der Sommerpause erneut mit dem Thema beschäftigen.

8. . **Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

Herr Reinke stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Er verabschiedet sich von den Anwesenden mit dem Hinweis, dass man sich wahrscheinlich am 12. Juni bei der Abschiedsfeier von Frau Burghardt als Geschäftsführerin des Kinderschutzbundes im „Haus für Kinder“ sehen werde. Er wünscht allen eine schöne und erholsame Sommer- und Ferienzeit.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.30 Uhr

gez. Detlef Reinke

Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe

Schriftführerin